

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 255 (1982)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

vom 15. Mai 1980 bis 15. Mai 1981

Das Jahr 1980 war in den *Vereinigten Staaten* ein Jahr der Präsidentenwahl. Im Vorfeld dieses politisch wichtigen Ereignisses wird in der Regel die Innenpolitik, teilweise aber auch die Außenpolitik der Vereinigten Staaten viele Monate lang vom Aspekt der Verbesserung der Wahlausichten von Präsident und herrschender Partei bestimmt. Präsident Carter sah sich bewogen, wegen der alarmierenden Ergebnisse der Meinungserhebungen, wonach seine Wiederwahl zusehends mehr gefährdet war, bei seinen politischen Entscheidungen noch mehr zu zaudern und zu lavieren als zuvor. Paradoxerweise verschlechterte aber gerade das seine Chancen noch mehr. Er hatte in den vorangegangenen Jahren den Ruf eines Unentschlossenen erworben, der allzuoft klares Konzept und feste Hand vermissen liess.

Am 4. November fand die denkwürdige Wahl statt. Sein republikanischer Rivale, Ronald Reagan, vermochte 43 Millionen Stimmen für sich zu buchen, Carter nur 35 Millionen. Der politische Erdutsch, der die Demokraten aus der Regierung warf, ist allgemein so interpretiert worden, dass die Mehrheit der Wähler dem amtierenden Präsidenten für dessen politische Leistungen die Note «ungenügend» verpasst habe und dass Reagan – ein ehemaliger Filmschauspieler und später während längerer Zeit Gouverneur von Kalifornien – eine Chance haben sollte, es besser zu machen. Die Wahl war somit in erster Linie eine Misstrauenskundgebung gegenüber Carter und nicht eigentlich eine Welle unbedingten Vertrauens in Reagan!

Der Präsidentenwechsel im Weissen Haus sollte viel tiefere Veränderungen in der amerikanischen Politik zur Folge haben, als es zunächst den Anschein machte. Bemerkenswert ist, dass Reagan in einigen Bereichen, die Carter nicht gut im Griff gehabt hatte, unverzüglich bedeutsame Weichenstellungen vorge-

nommen hat. Positiv aufgefallen ist, dass Reagan offensichtlich eine ungleich bessere Hand in der Auswahl von Persönlichkeiten als Regierungsmitglieder hat als sein Vorgänger. Die Einsetzung des ehemaligen Oberkommandierenden der NATO, Alexander Haig, als Außenminister war ein Signal, dass von jetzt an, vor allem gegenüber der Sowjetunion, wieder ein anderer Wind wehen soll. Reagan, sekundiert von Haig, nahm alsbald kein Blatt vor den Mund, die jahrelang mit Tücke vorangetriebenen Bestrebungen der anderen Supermacht, eine Position der Vorherrschaft in der Welt zu erreichen, zu enthüllen. Noch niemals zuvor ist es vorgekommen, dass die weltweit von der Sowjetunion inspirierte, organisierte und aus dem Hintergrund gelenkte Subversion unter gelegentlichem Einsatz des Mittels des Terrorismus so offen gegeisselt worden ist.

Die Beziehungen zur Sowjetunion fielen auf den Gefrierpunkt. Das schlug sich auch an der in Madrid veranstalteten zweiten Nachfolgekonferenz zur KSZE in einer für die Sowjetunion mehr als peinlichen Zurechtweisung nieder. Die Gefahr, dass dieses Treffen vollends hätte scheitern können, wurde gerade noch knapp gebannt. Unter Reagan kehren die USA zu einer Politik der Stärke und der Entschlossenheit und zur Wiederherstellung des machtpolitischen Gleichgewichts zurück! Gegen das weitere Vordringen der Russen in der Dritten Welt sollen Barrieren errichtet werden. Das bedingt vermehrte Rüstungsanstrengungen der USA und ihrer Verbündeten, um auch der militärisch-strategischen Bedrohung an allen Brennpunkten dieser globalen Auseinandersetzung entgegentreten zu können.

Die Staatsausgaben sind unverweilt – trotz höherer Militärausgaben – hart getrimmt und gleichzeitig die Steuerlasten zur Ankurbelung der Konsumnachfrage gesenkt worden. Die ersten Folgen einer zugleich haushälterischen, aber wirtschaftsfreundlicheren Politik sind bereits sichtbar geworden. Der jahrelang darniederliegende Außenwert des Dollars ist sprunghaft in die Höhe gestiegen. Die Rezession in Amerika klingt langsam ab. Immer noch erschreckend hoch sind allerdings auch unter

Reagan die Arbeitslosenzahlen und die Inflationsrate. Die für die Investitionsbereitschaft in der Wirtschaft wichtigen Zinssätze gaben zwar vorübergehend etwas nach; sie waren aber bis anfangs Mai inzwischen wieder bei über 18% p.a. angelangt. Von grosser Bedeutung ist, dass die folgenschwere Bremsung der Entwicklung der Kernenergie durch Carter von seinem Nachfolger aufgegeben worden ist. Damit steht wenigstens in der ferneren Zukunft eine Entlastung der amerikanischen Energie- und Zahlungsbilanz in Aussicht, wie immer die Entwicklung anderer Energiequellen vorangehen wird.

Reagan kommt in den Genuss eines veränderten psychologischen Klimas insofern, als die selbstquälische Verunsicherung der Amerikaner wegen Vietnam und Watergate inzwischen einer Rückgewinnung von Vertrauen und Zuversicht wieder Platz gemacht hat. Zum Teil wenigstens war Carter noch ein Opfer der politischen Erbschaft gewesen, die er bei Amtsantritt vorgefunden hatte. Schliesslich sei noch vermerkt, dass Reagan um ein Haar einem Attentat zum Opfer gefallen ist, welches ein Geistesgestörter am 30. März in Washington auf ihn verübt hat. Dieses Vorkommnis und das geschickte «Come back» Reagans nach seiner Rekonvalleszenz vor dem Kongress hat die Stellung des neuen Präsidenten als Wortführer und Inspirator der amerikanischen Nation sichtlich gestärkt!

* * *

Auch die Sowjetunion ist nicht frei von wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Hier hat nicht zuletzt das amerikanische Embargo auf technologischem Know-how und, in geringeren Masse, auf zusätzlichen Getreidelieferungen die Versorgungslage nach und nach verschlechtert. Allerdings haben im gleichen Zeit

raum die grossen sowjetischen Energielieferungen nach dem Westen (Erdöl und Erdgas, aber auch Elektrizität) eine bemerkenswerte Verbesserung der Aussenbilanz und einen Rückgang der Aussenverschuldung ermöglicht. Hauptgründe der internen Schwierigkeiten sind aber wie eh und je die Verbürokratisierung aller Wirtschaftsabläufe, die die Produktion hemmt, sowie Fehlplanungen und schlechte Ernteerträge als üblich.

Unter Breschnew regiert weiterhin eine stark überalterte Führungs- schicht, die auch am 26. Parteitag der KP der Sowjetunion nicht verjüngt worden ist. Kossygin ist allem Anschein nach ausgebootet worden, worauf er kurz da-

nach starb. Eine neu zur Führungsgruppe aufgestiegene Figur ist Tichonow, ein alter Vertrauter und Günstling Breschnews, der aber seinerseits bereits an der Schwelle zum Greisenalter steht. Breschnews Gesundheitszustand hat sich wie durch ein Wunder plötzlich wieder gebessert, und es gibt noch keine Anzeichen einer beabsichtigten Ablösung des heutigen Alleinherrschers im Kreml.

Nicht aufgegangen ist die Spekulation der sowjetischen Führung, dass der in den Weihnachtstagen von 1979 erfolgte Einmarsch in



Dr. Kurt Furgler
Bundespräsident für das Jahr 1981
Photo Hansueli Trachsel, Bern



Überraschung bei den Präsidentschaftswahlen in den USA
Ronald Reagan (rechts, mit Gattin) schlug den bisherigen
Amtsinhaber Jimmy Carter und wurde neuer Präsident der
Vereinigten Staaten von Amerika.
Photopress Bilderdienst, Zürich

Afghanistan von diesem armen Entwicklungsländer und von der Welt insgesamt als Fait accompli schliesslich hingenommen werde. Die Sowjetunion sieht sich immer noch mit einem hartnäckigen Widerstand im besetzten Afghanistan konfrontiert. Die von den Russen eingesetzte nominelle Regierung Karmal kann sich bloss mit Mühe und dank der sowjetischen Bayonette halten. Mittlerweile hat sich ein Flüchtlingsstrom, der vermutlich einen Fünftel der afghanischen Bevölkerung erfasst hat, über die Grenzen ergossen, namentlich nach Pakistan. Der Schrecksschuss von Afghanistan hält immer noch vernehmlich durch die ganze islamische Welt und durch internationale Konferenzen jeder Art. Die im Sommer 1980 in Moskau durchgeführte Olympiade stand völlig unter dem negativen Zeichen dieser offensichtlich verkalkulierten Aggression der Sowjetunion. Eine grössere Zahl von Ländern, so auch die

USA und die Bundesrepublik Deutschland, sagte ihre offizielle Teilnahme ab; und viele Länder traten zum Zeichen des Protests am Eröffnungstag nicht unter ihrer Nationalfahne, sondern ostentativ unter der anonymen Flagge mit den fünf olympischen Ringen im Stadion auf. Die von den Russen als grosses Schauspiel gedachte Olympiade von Moskau hat unter diesen Umständen das Gegen teil bewirkt: die unzähligen von der UdSSR und ihren Satellitenländern errungenen Medaillen sind zu einem augenfälligen Unfug geworden. Auch die olympische Idee, wonach dieses Fest ein Symbol des friedlichen Wettstreits der Sportler und der Völker

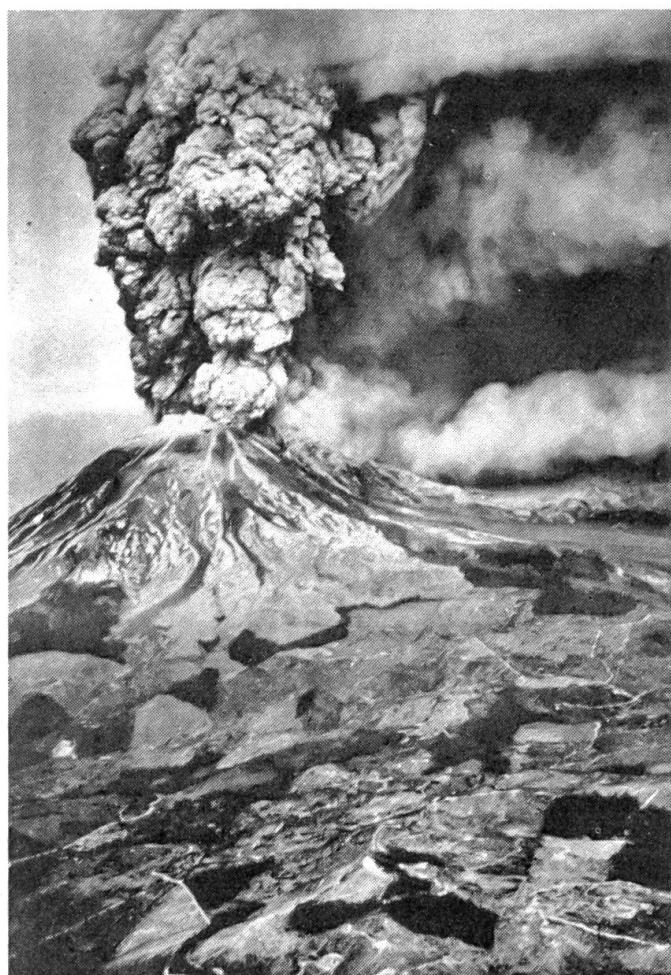
freundschaft sei, hat einen schweren Schlag erlitten.

Vielleicht ein längerfristig noch bedrohlicherer Nachteil für die UdSSR stellen die aussergewöhnlichen Vorgänge in und um Polen dar. Schon mehrmals zuvor hatten die Arbeiter Polens durch Demonstrationen und Streikaktionen zu erkennen gegeben, dass sie das ihnen verordnete «Arbeiterparadies» von Moskaus Gnaden keineswegs als paradiesisch betrachteten. Während sie aber vormals nie zu handfesten Erfolgen gekommen waren, hat die wochenlange, hartnäckige Streikbewegung des Sommers 1980, welche von einer Danziger Werft ausging, am 29. August erreicht, dass eine unabhängige Gewerkschaft namens «Solidarität» offiziell zugestanden wurde. Demgegenüber verblasst die Bedeutung des Sturzes von Parteichef Gierek völlig. Der äussere Anlass dieses aufsehenerregenden Einbruchs in

das gesellschaftliche und politische Machtmonopol der Kommunistischen Partei war der offensichtliche Bankrott einer jahrelangen Misswirtschaft. Polen ist mit einer Aussenschuld von weit mehr als 20 Milliarden Dollar belastet, mit enormen Preissteigerungen und Versorgungsgängen bei Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs sowie mit hinter den Lebenskosten zurückbleibenden, also sinkenden Reallöhnen. Der Held der triumphierenden polnischen Arbeiterbewegung war ein vormals unbekannter Arbeiter aus Danzig, Lech Walesa mit Namen. Es folgte ein gewisses Mass an Liberalisierung auch in anderen Bereichen. Im Mai 1981 ertrotzten sich auch die Kleinbauern ihre eigene, unabhängige Berufsorganisation.

Für die UdSSR war es eine schicksals schwere Frage, ob sie eine so offensichtlich allen Regeln des kommunistischen Katechismus zuwiderlaufende Entwicklung in einem Nachbarland zulassen sollte, das zudem das territoriale Bindeglied zur DDR ist, wo eine grosse Zahl sowjetischer Divisionen steht. Einerseits muss die Sowjetunion eine Ausdehnung des polnischen Beispiels auf die anderen osteuropäischen Satellitenstaaten befürchten, ja sogar auf Teile der UdSSR selber; andererseits ist es bald deutlich geworden, dass der «polnische Virus» nur durch eine rasch zupackende Intervention von aussen radikal beseitigt werden könnte. Ein militärischer Einmarsch hätte aber die Gewaltherrschaft Moskaus einmal mehr aller Welt vor Augen geführt! Und ausserdem würde jede weitere fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen, auf welche die Sowjetunion im Hinblick auf eine rasche Entwicklung ihrer Ressourcen in Sibirien angewiesen bleibt, durch eine Gewaltlösung in Polen zunichte gemacht.

Die massiven Drohungen, zu denen auch Manöver der Truppen des Warschauer Pakts an den und innerhalb der Grenzen Polens gehörten, führten dann aber – fast überraschend – nicht zu einer Intervention im Stil der militärischen Operation gegen den «Prager Frühling» (1968) oder gegen Nagy und Maleter in Ungarn (1956). Die Hintergründe des sowjeti-



Gewaltiger Vulkanausbruch im amerikanischen Bundesstaat Washington

Der Vulkan Mount St. Helens ist völlig überraschend nach 124 Jahren der Ruhe

im Frühling 1980 wieder in Tätigkeit getreten.

Das ganze Jahr hindurch kam es immer wieder zu Eruptionen.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

schen Verzichts auf eine Intervention sind noch nicht klar. Möglich ist, dass es sich blos um eine Verschiebung auf einen späteren, als günstiger betrachteten Zeitpunkt handelt. Oder aber Moskau spekuliert darauf, mit politischen Mitteln im Innern Polens gelegentlich den vorangegangenen Zustand der absoluten Botmäßigkeit wiederherstellen zu können. Ein Blitzbesuch des für seine dogmatische Strenge berüchtigten Chefideologen des Kreml, Suslow, beim polnischen Parteichef Kania und beim Ministerpräsidenten, General Jaruzelski, in Warschau lässt



Kampf um freie Gewerkschaften in Polen

Dieser Kampf um mehr Freiheit und Recht in diesem osteuropäischen Land hielt während der ganzen Berichtszeit die Weltpolitik in Atem.

Unser Bild zeigt streikende Arbeiter in Danzig
im August 1980.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

den Schluss zu, dass die Russen sich gegenüber der Entwicklung in Polen keineswegs rein passiv verhalten, sondern mindestens den Punkt festgelegt haben, bei welchem das Zuwarten und Zusehen ein Ende nähme. Darüber sind die Verantwortlichen von Partei und Regierung Polens wohl kaum im Ungewissen gelassen worden.

* * *

Noch in einem anderen osteuropäischen Land, das zur Peripherie der Sowjetunion zu rechnen ist, kam es in der Berichtsperiode zu Ereignissen, die Aufsehen erregt haben: in Ju-

goslawien. Der Tod Titos anfangs Mai 1980 hat zunächst keine politischen Konsequenzen gehabt. Die Übernahme der Führung durch ein Kollektiv von acht Mitgliedern des Staatspräsidiums mit einem alljährlich wechselnden Vorsitzenden ist reibungslos vonstatten gegangen. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien erschien als erstaunlich gut konsolidiert. Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die neue Führungsequipe zu kämpfen hat, vermochten dem von Tito hinterlassenen Staatsgebilde auf föderativer Basis nichts anzuhaben.

Aber die Schatten der Desintegration sind in Wirklichkeit keineswegs dauerhaft gebannt, wie ein am 11. März im Gebiet von Kosovo ausgebrochener Aufruhr grösserer Ausdehnung nun gezeigt hat. Nur unter

Einsatz von Gewalt konnten die sich von der Stadt Pristina ausbreitenden Unruhen in dem grossmehrheitlich von Albanern besiedelten Gebiet unterdrückt werden. Dieser Teil Jugoslawiens gehört zu den ärmsten Regionen des Landes. Kosovo ist lange vernachlässigt und erst in neuerer Zeit mehr gefördert worden. Bei der Schaffung der föderativen Republik nach dem Zweiten Weltkrieg ist den nicht-slawischen Albanern – im Gegensatz zu den serbischen Montenegrinern – eine gleichberechtigte, eigene Republik nicht zugestanden worden. Unbefriedigte völkische Aspirationen sind in Kosovo – wahrscheinlich nicht ohne Unterstützung von jenseits der Grenze – am

Werk. Die Albaner-Unruhen in Kosovo, das als autonomes Gebiet zu Serbien gehört, reihen sich im übrigen an die auch anderswo in Europa rumorenden Autonomiebewegungen von ethnischen Minderheiten an, die auch dort noch nicht bewältigt sind.

* * *

Im *Nahen und Mittleren Osten* war keine Besserung der Lage festzustellen. Im Gegenteil, durch den am 20. September lancierten Angriff Iraks auf Persien ist ein neuer Akt des Dramas dieser ölfreichen Region eingeleitet worden. Iraks Präsident Saddam Hussein ging es angeblich nur um die Rückgewinnung des im Jahre 1975 an Iran verlorenen Grenzgebiets am Schatt-el-Arab, dem Unterlauf von Euphrat und Tigris, der den einzigen Zugang des Irak zum Persischen Golf darstellt. Der Blitzkrieg des Angreifers führte allerdings nicht zu dem erwarteten raschen und durchschlagenden Erfolg. Die arabische Bevölkerung in der iranischen Provinz Khuzistan erhob sich nicht, und das revolutionäre Regime in Teheran fiel nicht in sich zusammen. Statt dessen führten die Kriegsoperationen alsbald zur gegenseitigen Zerstörung von Ölraffinerien und zur Unterbrechung von Erdölleitungen in beiden Ländern. Die iranischen Erdölexporte, bereits im Gefolge der Revolution unter Ayatollah Khomeini stark reduziert, sind nochmals stark zurückgegangen. Persien muss jetzt sogar Benzin importieren! Auch die

Ölexporte Iraks sind dezimiert worden. Allerdings ist die Auswirkung des Krieges zwischen Irak und Iran auf die Versorgung der Welt mit Öl, abgesehen von neuen Preiserhöhungen, gering geblieben. Saudiarabien hat seine Exporte prompt entsprechend angehoben.

Aus dem anfänglichen Blitzkrieg ist inzwischen ein Stellungskrieg geworden, der sporadisch aufflackert, im wesentlichen aber dazu geführt hat, dass jede Kriegspartei auf die Erschöpfung der Kräfte der Gegenseite oder ein internes Revirement in der gegnerischen Hauptstadt wartet. Seltsam ist, dass die irakische Armee hauptsächlich mit sowjetischen Waffen, die persische aber mit amerikanischen Waffen ausgerüstet ist, dass aber Irak keinen Nachschub aus der UdSSR und Iran keinen aus den USA bekommt. Trotz der am 20. Januar, nach 444 Tagen der Gefangenschaft,



Krieg zwischen Iran und Irak

Das Spannungsgebiet des Nahen und Mittleren Ostens wird durch diese Auseinandersetzung erneut schwer belastet.

Unser Bild zeigt irakische Truppen im Angriff auf die iranische Hafenstadt Khoramshahr.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

durch Vermittlung Algeriens erreichten Befreiung der in Iran gefangengehaltenen 52 amerikanischen Geiseln ist das amerikanische Embargo auf Waffenlieferungen und Ersatzteilen nicht aufgehoben worden. Die amerikanische Gegenleistung beschränkte sich auf die Freigabe der sequestrierten Milliardenguthaben Irans in den Vereinigten Staaten.

Der Zerfall *Libanons* hat weitere Fortschritte gemacht. Der Bürgerkrieg zwischen den christlichen und islamischen Parteien motet weiter; und der gelegentliche Einfall von palästinensischen Kommandotrupps in Israel ist mehrmals durch «Strafexpeditionen» der Israeli in das von den Palästinensern beherrschte Gebiet von Libanon beantwortet worden. Syrien hält nach wie vor einen grossen Teil Libanons offiziell zum Zwecke der «Befriedung» besetzt; die anderen nationalen Truppenkontingente sind inzwischen aus dieser ursprünglich gemischt-arabischen Interventionstruppe zurückgezogen worden. Die zeitweilige Kriegsgefahr zwischen *Syrien*, das sich an die Sowjetunion anlehnt und Iran unterstützt, und *Jordanien*, das als Nachschubbasis

für Irak dient, ist behoben und der Aufmarsch syrischer Divisionen an der Südgrenze abgeblasen worden. Ein Unionsplan zwischen Syrien und *Libyen* ist steckengeblieben, während eindeutige Fakten zu erkennen geben, wie weitgehend Ghaddaffi heute mit der Sowjetunion gemeinsame Sache macht. Im April weilte dieser zu einem Staatsbesuch in Moskau. Libysche Truppen haben im übrigen in den Bürgerkrieg in der Republik Tschad eingegriffen, was zu einer Abwehrreaktion anderer afrikanischer Staaten führte.

* * *

Am 12. September kam es zu einem Militärputsch in der *Türkei*, weil die Regierungs- und die Oppositionspartei sich nicht auf eine wirkungsvolle Bekämpfung der untragbar gewordenen, unaufhörlichen Terrorakte der Extremisten der Linken und der Rechten einigen konnten. General Kenan Evren hat in der türkischen Terrorszene, die im Vorjahr gegen 3000 Opfer gefordert hatte, hart zugegriffen, die Verfassung suspendiert und die Politiker nach Hause geschickt. Nach der Normalisierung und Stabilisierung der Verhältnisse soll aber die Demokratie im Sinne Atatürks wiederhergestellt werden und die Armee wieder von der politischen Bühne abtreten. So zum mindesten lauten die Versprechungen der neuen Machthaber in Ankara.



Attentat auf den Bahnhof von Bologna

Dieser Terroranschlag forderte gegen 100 Todesopfer und viele Verletzte, darunter auch Schweizer Touristen.

Photopress Bilderdienst, Zürich

* * *

In der *Bundesrepublik Deutschland* haben am 5. Oktober die Bundestagswahlen stattgefunden, die für die Regierungskoalition SPD/

FDP günstig ausgegangen sind. Die CDU hat 17 Sitze eingebüsst. Die Chance von Strauss, Bundeskanzler zu werden, dürfte endgültig zerronnen sein. In *Italien* und in *Spanien* grasiert immer noch der politische Terrorismus, der einige neue Höhepunkte an Intensität und Brutalität erreicht hat. In *Schweden* ist die sich auf eine knappe Mehrheit stützende bürgerliche Koalition im Mai zu Fall gekommen.

Von grösserer Bedeutung könnte eine vermutlich tiefgreifende Veränderung der politischen Szene in *Frankreich* werden. Nach einem ersten, nicht entscheidenden Wahlgang, der die beiden Favoriten Giscard d'Estaing und François Mitterrand allein im Rennen um die Präsidentschaft beliess, ist am 10. Mai Präsident Giscard d'Estaing im zweiten Wahlgang von seinem sozialistischen Rivalen Mitterrand deutlich geschlagen worden. Mitterrand vermochte 51,7% der Stimmen auf sich zu vereinigen. Der Sieg Mitterrands war auf ausschlaggebende, wenige Prozente der Wählerschaft zurückzuführen, die nicht eigentlich der Linken zuzurechnen sind, nämlich dem linken Flügel des Zentrums und den Umweltschützern. Gemäss seiner Wahlplattform beabsichtigt Mitterrand, während seiner siebenjährigen Amts dauer die Banken und eine grössere Zahl von Konzernen zu verstaatlichen, die Minimallöhne anzuheben und die 35-Stunden-Woche einzuführen. Die Auswirkungen des erstmaligen Einzugs eines Sozialisten in die mit grosser Macht ausgestattete Präsidentschaft der Fünften Republik sind noch nicht klar abzusehen, da die Manövriertfreiheit Mitterrands erstens von der Zusammensetzung des in diesem Som-



Erdbebenkatastrophe in Süditalien

Eine schwere Erdbebenkatastrophe in Süditalien im November 1980 forderte Tausende von Todesopfern und richtete unermessliche Schäden an.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

mer neu zu bestellenden Parlaments und zweitens von der Frage abhängt, ob die Wahlunterstützung der Kommunisten durch deren Mit einbezug in die Regierungsverantwortung honoriert werden wird oder nicht. Auch die Folgen des Präsidentenwechsels für die französische Aussenpolitik sind noch nicht abzuschätzen. Es herrscht vorerst etwelche Unsicherheit über die künftige Stellung Frankreichs in Europa, gegenüber der NATO, gegenüber Israel und dem Ostblock.

* * *

Am 13. Mai erschreckte noch die Hiobsbotschaft die Welt, dass auf dem Petersplatz im *Vatikan* ein Attentat auf Papst Johannes Paul II. verübt worden ist, bei welchem der Papst schwer verletzt wurde. Die Untat ist von einem entwichenen türkischen Sträfling, der bereits einmal wegen eines politischen Mordes verurteilt worden war, begangen worden. Der Täter konnte gefasst werden, doch sind die Motive und Hintergründe noch unklar.

Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass im abgelaufenen Jahr drei grosse Erdbeben zu verzeichnen waren, von denen zwei katastrophale Ausmasse angenommen haben. Im Herbst 1980 wurde die algerische Stadt El Asnam, kurz darauf Süditalien von starken Erderschütterungen heimgesucht, die immense Schäden und Tausende von Opfern verursachten. Im Frühjahr 1981 ereignete sich in Griechenland, mit Epizentrum beim Isthmus von Korinth, eine Serie weiterer starker Beben, die aber glücklicherweise nicht so verheerende Folgen hatten wie jene in Algerien und Italien. In Mitleidenschaft gezogen worden ist erstmals auch Attika mit der Hauptstadt Athen, eine Region, die bisher als nicht erdbebengefährdet gegolten hatte.

* * *

Was die *Schweiz* anbelangt, so war die wirtschaftliche Entwicklung im grossen und ganzen, wie erwartet, recht zufriedenstellend. Der merklich ansteigende Dollarkurs hat den Schweizer Franken im Dollarraum verbilligt, was der Exportindustrie nun wieder eine bessere Stellung im Bereich der Preiskonkurrenz verschafft hat. Die seinerzeit zugestandene Ausdehnung der Exportrisikogarantie auf das Währungsrisiko erweist sich als eine segensreiche Veränderung der Lage vor allem der Maschinenindustrie und der chemischen Industrie auf den Aussenmärkten. Die 1980 gewährten Garantien sind brutto nochmals um 16 Milliarden angestiegen, und die Einnahmen der Exportrisikogarantie von 184,6 Millionen vermochten die ausbezahlten Schadensvergütungen in der Höhe von 249 Millionen nicht ganz zu kompensieren. Dadurch sind die Reserven des seit 1. Januar 1981 aus der Bundesrechnung ausgeschiedenen und finanziell verständigten Fonds auf 200 Millionen zurückgegangen.

Einiges böses Blut verursachten die 1980 zu zweien Malen von den Banken angekündigten Hypothekarzinserhöhungen. Die zweite dieser Erhöhungen wurde unter starkem politischem

Druck verschoben und gestaffelt. Angesichts eines allgemein gestiegenen Zinsniveaus, das auch höhere Sparzinsen umfasste, würde allerdings eine Einfrierung des Hypothekarzinssatzes, wie Nationalbankpräsident Leutwiler sagte, schliesslich bedeuten, «dass es keine Hypothekardarlehen mehr gibt». Die Teuerungsrate ist im Vergleich zum Ausland zwar gering geblieben, hat aber das mehrjährige, sehr niedrige Niveau in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verlassen. Sie liegt nunmehr zwischen 5 und 6%, was den automatischen Mechanismus der Teuerungsanpassung der Löhne nun wieder in Bewegung setzt. Dazu kommt, dass der Bundesrat dem Bundespersonal eine Reallohnerhöhung in Aussicht gestellt hat, die allerdings den oberen Gehälterklassen nicht zugebilligt wird. Der Wiederanstieg der Teuerung war zunächst durch den sinkenden Aussenwert des Frankens bedingt, also «importierte Inflation», doch mehren sich neuerdings die Anzeichen, dass auch die hausgemachte Teuerung wieder eingesetzt hat. Es rächt sich jetzt auch, dass die Nationalbank vormals eine beträchtliche Vermehrung des Geldvolumens zugelassen hat. Die entschlossene Gegensteuerung hat zwar eingesetzt, kann aber die Spätfolgen nur mühsam kontern.

Die Bundesfinanzen waren auch 1980 wieder stark defizitär, und die Verschuldung des Bundes machte trotz der inzwischen spürbar gewordenen Sparmassnahmen neuerdings Fortschritte. Das schlägt sich unter anderem darin nieder, dass der Bund nachgerade alljährlich eine Milliarde an Schuldzinsen zahlen muss! Die Sanierung der Bundesfinanzen ist eines der wichtigsten Traktanden der Bundespolitik geblieben; aber einige der vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen der Einnahmenvermehrung sind inzwischen entweder gestrandet oder stossen auf politische Schwierigkeiten. Immerhin hat der Souverän ein Finanzpaket, das einige Verbesserungen bringt, mit grossem Mehr in der Volksabstimmung vom 30. November gebilligt.

* * *

Weltweit grosses Aufsehen haben die im Juni überraschend ausgebrochenen Jugendkrawalle, zuerst in Zürich, nachher auch in anderen schweizerischen Städten, erregt. Es kam zu schweren Ausschreitungen, Sachbeschädigungen und Zusammenstössen mit der Polizei. Die ausgedehnten Jugendunruhen haben ihre Wurzeln in einer existenziellen Unzufriedenheit mit den Normen und Forderungen der von den Erwachsenen geprägten Gesellschaft, die dem jugendlichen Tatendrang zu wenig freien Raum belässt und in der modernen Entwicklung die Impulse der Vitalität in starren, immer mehr bürokratisierten Formen kanalisiert. Den ideologischen Hintergrund der sich über die ganze Berichtsperiode hinziehenden Demonstrationen eines kleinen, aber militanten Teils der Jugend in den grossen Städten bildet ein Wiederaufleben von Zielvorstellungen des Anarchismus aus dem letzten Jahrhundert. Es wird zugleich gegen die notwendigen Institutionen des Staates und gegen die am meisten sichtbaren Manifestationen der modernen Konsumgesellschaft angelaufen.

An der Oberfläche konzentrierte sich der irrationale Ausbruch jugendlicher Aggressivität auf die Forderung nach Gewährung von autonomen Jugendzentren. Aber die Tatsache, dass die Bewegung nach Zugeständnissen solcher Zentren keineswegs abgeflaut ist, stellt einen untrüglichen Hinweis dar, dass mindestens bei einem Teil der jungen Generation eine in der Tiefe des Seelenlebens verwurzelte Absondern und soziale Desintegration stattgefunden hat, die zu ernsteren Besorgnissen Anlass gibt.



Zwei Goldmedaillen für die Schweiz
Robert Dill-Bundi (links) in der Rad-Einzelverfolgung und
Jürg Röthlisberger im Judo holten an den Olympischen Sommerspielen
in Moskau je die höchste Auszeichnung.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Die «antiautoritäre Welle» in der Erziehung scheint unbedachte Früchte zu tragen, indem statt einer Förderung der individuellen schöpferischen Kräfte eine folgenschwere Enthemmung der vormals unterdrückten Aggressionen und des Zerstörungstriebes bei labilen und in der Persönlichkeitsentwicklung gestörten Jugendlichen die Folge ist. Die evidente Sinnlosigkeit der Herbeiführung chaotischer Zustände lässt auf psychopathologische Zustände bei vielen Beteiligten schliessen. Sie putschen sich gegenseitig zu immer neuen und gewagteren «Heldentaten» auf der Strasse (und vor der willkommenen Fernsehkamera!) auf.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, war die Polizei dieser unerwarteten Herausforderung gewachsen, indem sie sich nicht zu unbedachten Reaktionen provozieren liess, aber konsequent durchgriff. Weniger konsequent war die Haltung der SP, die sich zunächst in sonderbaren Sympathieerklärungen an die Randalierer erging und aus den Vorkommnis-

sen politisches Kapital zu schlagen beabsichtigte, dann aber angesichts der Störung ihrer Maifeiern plötzlich eine Kehrtwendung vollzog, weil sie selbst zur Zielscheibe der Chaoten wurde. Die neuste Entwicklung ist, dass Gewalthandlungen zwischen den Angehörigen der jungen Generation selber zu signalisieren sind, die an die seinerzeitigen Strassenschlachten zwischen «Mods» und «Rockers» in England erinnern. Der Anarchismus scheint sich wieder einmal auf Grund seiner inneren Widersprüche und auf Grund seines Gegensatzes zur menschlichen und sozialen Wirklichkeit selbst ad absurdum zu führen!

Ungeklärt ist noch die Frage, ob es sich bei den Krawallen von 1980/81 um ein spätes Wiederaufleben der Jugendunruhen vom Mai 1969 oder um Vorboten eines sich radikal verändernden Zeitgeistes handelt, der eine nostalgische Rückkehr zu primitiveren Zuständen und zu einer weniger hoch entwickelten Technologie (mit entsprechenden Wohlstandseinkommen) anstrebt. Der missglückte Versuch der Machtübernahme im Migros-Konzern durch eine Gruppe von Kritikern des Managements dieser grossen Genossenschaft ist zweifellos ebenfalls in diesem Zusammenhang zu würdigen.

* * *

Im Berichtsjahr sind zwei grosse Tunnelbauten im Rahmen des Nationalstrassenetzes dem Verkehr übergeben worden. Am 5. September ist der Gotthardstrassentunnel, der mit seinen fast 17 Kilometern der längste Strassentunnel der Welt ist, feierlich eröffnet worden. Am 11. Dezember folgte die Eröffnung des Seelisbergtunnels auf der nun durchgängig befahrbaren linksufrigen Autobahn am Vierwaldstättersee. An der Furka erfolgte am 30. April, nach vielen technisch bedingten Verzögerungen und einer die Planung und enorme Budgetüberschreitungen betreffenden Staatsaffäre, endlich der Durchstich im Tunnelbau für die wintersichere Bahnverbindung zwischen dem Goms und dem Urserental.

* * *

In der Dezemberession der Räte wurde Laurent Butty (CVP, Fribourg) zum neuen Präsidenten des Nationalrats gewählt, während Peter Hefti (FDP, Glarus) zum neuen Präsidenten des Ständerats erkoren wurde. Als Bundespräsident für 1981 wurde ehrenvoll Bundesrat Kurt Furgler gewählt, der damit nun schon zum zweitenmal diese Funktion versieht. Zum Vizepräsidenten wählte die Bundesversammlung Bundesrat Fritz Honegger. Zu einer eigentlichen Kabale kam es im Frühjahr 1981 um den Chef des EDA, Bundesrat Pierre Aubert, der durch Äusserungen des SP-Parteipräsidenten Hubacher, die in einer Freiburger Zeitung kolportiert worden sind, stark angefeindet worden ist. Der Parteipräsident der SP warf Aubert vor, dass er sich zu wenig für die parteipolitischen Ziele der SP einsetze, in zweiter Linie, dass das Verhältnis des Ausenministers zu seinen Kollegen im Bundesrat zu wünschen übrig lasse. Die schwere Dissonanz wurde anschliessend in einer parteiinternen Aussprache offiziell behoben. Diesem Vorkommnis kommt etwelche Bedeutung zu, weil Aubert turnusgemäss im Dezember 1981 zum Vizepräsidenten des Bundesrats gewählt werden sollte, bei der letzten Bundesratswahl aber nur äusserst knapp die Wiederwahl geschafft hatte und somit gefährdet sein könnte, wenn er den Rückhalt in der eigenen Partei verliert.

* * *

Aus dem Bereich der Landwirtschaft ist festzuhalten, dass es im Sommer 1980 beinahe zu einer landesweiten Katastrophe gekommen wäre. Die für das Pflanzenwachstum so wichtige Sonne «streikte» von Mai bis Juli in beängstigendem Ausmass, was in Bauernkreisen allergrösste Sorgen verursachte. Der Bundesrat erliess eine Reihe von die Landwirtschaft entlastenden Massnahmen. Das konnte aber nicht verhindern, dass die schlimmen Witterungsverhältnisse sich auch in einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit «Bern» niederschlugen. Am 21. Juli wendete sich zum Glück die Grosswetterlage zum Besseren. Die befürchteten Schäden hielten sich bis zur allerdings verzö-

gerten Ernte schliesslich in doch verhältnismässig engen Grenzen, wobei freilich die Erträge aus der Milchproduktion und aus der stark reduzierten Traubenlese in den Winzergebieten zum Teil beträchtliche Ausfälle verursachten. Trotz den durch die Witterung verminderten Einnahmen aus der Milchablieferung und der im Talgebiet bestehenden Kontingentierung ist die Milchschwemme aber im Berichtsjahr nochmals grösser geworden. Der Bundesrat weitete deshalb nun die Milchkontingentierung auch noch auf das bislang von Einschränkungen befreite Berggebiet aus. Den bäuerlichen Preisforderungen ist der Bundesrat, wie üblich mit etwelchen Abstrichen am Katalog der Wünsche, neuerdings entgegengekommen.

* * *

Wir wenden uns nun noch den Ereignissen im *Kanton Bern* zu. Am 28. September ist für den zurückgetretenen Regierungsrat Dr. Robert Bauder mit 24 147 von 40 277 abgegebenen Stimmen Dr. Hans Krähenbühl (FDP, Steffisburg) neu in den Regierungsrat gewählt worden. Bei der Direktionsverteilung im Oktober erhielt der neu gewählte Regierungsrat die Polizeidirektion und die Gemeindedirektion, während die Justizdirektion bei Regierungsrat Schmid blieb. Schmid erhielt ausserdem die Militärdirektion zugeteilt. Bei den Wahlen für das Jahr 1981/82 wurde im Grossen Rat in der Maisession 1981 Gotthelf Bürki (SP) zum neuen Regierungspräsidenten bestimmt. Zum Grossratspräsidenten gewählt wurde der Thuner Architekt Willi Barben (SVP), der das glanzvolle Resultat von 161 Stimmen (bei 178 möglichen Stimmen) erzielte. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der freisinnige Notar Paul Gfeller (Bern) erkoren.

Der Grosse Rat beschäftigte sich im Berichtsjahr unter anderem mit einem Gesetz über die politischen Rechte, mit einem Dekret über die Umwandlung der Viertelsgemeinden Bolligen, Ittigen und Ostermundigen in selbständige Einwohnergemeinden, mit einem Gesetz über die Organisation des Kirchenwesens, das der römisch-katholischen Kirche die Bil-



Der neue bernische Regierungsrat: Dr. Hans Krähenbühl
Im September 1980 wurde der 56jährige freisinnige Notar
und Fürsprecher Dr. Hans Krähenbühl aus Steffisburg
als Nachfolger von Dr. Robert Bauder zum neuen
bernischen Regierungsrat gewählt.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

dung einer eigenen Synode ermöglicht, sowie mit der Schaffung eines kantonalen Energiegesetzes. Unter den Abstimmungsvorlagen des Berichtsjahres ist der Urnengang vom 8. Juni 1980 erwähnenswert, bei welchem die Änderungen am Primar- und Mittelschulgesetz gebilligt, das Ausführungsgesetz zu einer Steuerinitiative des Landesrings der Unabhängigen aber wuchtig verworfen worden ist. Die Ablehnung der letzteren Vorlage ermöglichte die Inkraftsetzung einer bereits vorher vom Grossen Rat ausgearbeiteten Alternative auf den 1. Januar, die einige steuerliche Erleichterungen brachte.

Am 28. September fand eine weitere kantonale Abstimmung statt, zusammen mit der bereits erwähnten Regierungsratsersatzwahl. Diese Volksabstimmung, bei welcher es um die formelle Anpassung der Kantonsverfassung an die neuen Bestimmungen über die Stimmbe rechtigung im Bundesrecht ging, dürfte deshalb in den Annalen ein Markstein sein, weil hier vermutlich ein absoluter Rekord an schlechter Stimmbe teiligung – nämlich lediglich 11% der Stimm berechtigten! – zu verzeichnen gewesen ist. Mehr Interesse vermochte demgegenüber eine Doppelabstimmung am 30. November zu erwecken. Bei einer Stimmbe teiligung von diesmal 42% wurde einerseits dem Volksbeschluss betreffend die Verlegung des staatlichen Seminars Bern (vom Bühlplatz areal auf die Lerbermatte), anderseits dem Volksbegehren der FDP «für eine gerechte Verteilung der Grossratsmandate» zugestimmt. Die Annahme dieser Initiative hat eine Wahl kreisreform zur Folge. Der Proporz in kleinen Wahlkreisen wird nunmehr begünstigt, und es können Wahlkreisverbände mehrerer kleiner Amtsbezirke geschaffen werden. Es sind einige wenige Sitzverschiebungen bei den nächsten Grossratswahlen zu erwarten, ohne dass aber diese einen gewichtigen Einfluss auf die Partei stärke im Grossen Rat haben dürften. Die entsprechenden Gesetzesänderungen sind inzwischen in Angriff genommen worden.

* * *

Die Beziehungen zum neuen Kanton Jura haben sich inzwischen merklich verbessert. Noch nicht gelöst worden ist die Frage der Kantonszugehörigkeit der beiden kleinen Gemeinden Vellerat und Ederswiler, die als ein Restproblem aus der Phase der Plebiszite zu betrachten ist. Während der Kanton Bern, im Verein mit dem Bund, der Auffassung ist, dass ein Kantonswechsel der beiden mit ihrer heutigen Zugehörigkeit unzufriedenen Gemeinden gemeinsam und in einem Zug zu verwirklichen sei, kümmert sich die jurassische Haltung ausschliesslich um das politische Schicksal von Vellerat. Nach jurassischer Auffassung soll

über das Problem der Kantonszugehörigkeit von Ederswiler, das als deutschsprachige Gemeinde entgegen seinem ausdrücklichen Wunsch dem Kanton Jura zugeschlagen worden ist, vorläufig überhaupt nicht gesprochen werden. Das Dorf Vellerat hat durch eine «einseitige Anschlussserklärung» an den Kanton Jura von sich reden gemacht. Diese Erklärung hat keine staatsrechtliche Bedeutung, weil es für einen Kantonswechsel in jedem Fall des dafür vorgesehenen verfassungsrechtlichen Verfahrens bedarf. Aber abgesehen von diesem noch vorhandenen Zankapfel ist eine deutliche Entspannung eingekehrt, die sich auch im bernischen Jura fühlbar macht. Das «Rassemblement jurassien», das nach wie vor auf eine Annexion des Berner Jura durch den Kanton Jura hinarbeitet, hat auch in diesem Jahr wieder seine Delegiertenversammlung ostentativ in Cortébert abgehalten, wo es im letzten Jahr zu schweren Auseinandersetzungen anlässlich des gleichen Treffens des RJ gekommen war. Diesmal herrschte völlige Ruhe in Cortébert. Es scheint, dass nun die provokatorischen Aktionen des RJ mehr und mehr ins Leere laufen, indem sie von der bern treuen Bevölkerung ignoriert werden!

Die Verhandlungen über die vermögens rechtliche Auseinandersetzung zwischen Bern und Delsberg machten weitere Fortschritte. Die zum Teil recht delikaten Fragen sollen bis in drei bis vier Jahren allesamt auf dem Ver handlungsweg einer gütlichen Lösung entge gengeführt werden. Der Bund hat sich aus diesen Verhandlungen jetzt vollständig zurückge zogen. Der Kanton Bern leistete dem Kanton Jura erste Vorschusszahlungen im Betrag von 10 Millionen Franken zugunsten der jurassis chen Gebäudeversicherung und der Kanton albank des Kantons Jura. Die Vorauszahlun gen werden auf dem Konto der Vermögenszuweisungen verbucht, welche der Kanton Jura nach Abschluss der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung erhalten soll. Weitere solche Vorschussleistungen sind möglich, wenn und soweit sie sich als nötig erweisen.

* * *

In der Stadt Bern gab es im Berichtsjahr einige Jugenddemonstrationen mit zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen. Wiederholt wurden Gebäude und Mauern in der Stadt mittels Spraydosen verunstaltet und mit Slogans bekleckert. Zu einem schweren Krawall ist es am 5. Juli gekommen, indem anlässlich einer «Demonstration der Unzufriedenen» Jugendliche gegen Jugendliche vorgingen. Insgesamt haben aber die Jugendunruhen in Bern zu keinem Zeitpunkt auch nur entfernt die Intensität und die Ausmasse derjenigen in Zürich angenommen. Zu Zusammenstössen mit der Polizei ist es aber mehrmals dennoch gekommen, so auch im Zusammenhang mit der polizeilichen Räumung von durch Jugendliche besetzten Häusern, die eigenmächtig in Jugendzentren hätten umfunktioniert werden sollen.

Ungewissheit herrscht hinsichtlich des Schicksals des Flugplatzes Belpmoos. Nachdem im Jahre 1980 ein von der Alpar AG vorgelegtes Ausbauprojekt des Berner Flugplatzes abgelehnt worden war, erteilte die Berner Regierung der Alpar den Auftrag, ein reduziertes Ausbauprojekt vorzulegen. Auf Grund dieses weniger umfangreichen Projekts wäre eine Fortsetzung des Flugbetriebs mit kleineren Passagierflugzeugen möglich geblieben. Aber in einer Gemeindeabstimmung vom 5. April sind die der Alpar bisher zur Verfügung gestellten jährlichen finanziellen Beiträge der Stadt Bern an den Unterhalt und Betrieb des Flugplatzes verweigert worden. Dadurch ist die Finanzierung in Frage gestellt worden. Die Betriebskonzession für den Flugplatz wäre auf den 31. Mai ausgelaufen, doch hat das EVED eine vorläufige Verlängerung der Konzession bis zum 31. Dezember 1982 zugestanden. Damit konnte Zeit für eine andere Lösung gewonnen werden. Ab 1. Juli sollen allerdings weitere Flugeinschränkungen zwecks Verminderung der Lärmbelastung in Kraft treten. Die Alpar sucht durch eine stärkere Belastung der Flugplatzbenutzer die Deckung der Kosten des Flugplatzbetriebs herbeizuführen. Es sind aber auch Drohungen laut geworden, dass die Alpar ihre Liquidation beschliessen könnte, bevor sie durch grössere Defizite konkursreif



Die Landmaschinensammlung Zweiacker nun in Belp eingelagert

Zwei prominente Stiftungsräte, Regierungsrat E. Blaser (rechts) und alt Regierungsrat Dr. R. Bauder haben sich für die Erhaltung dieser Sammlung eingesetzt und freuen sich darüber!
Photo Hansueli Trachsel, Bern

würde. Ob und wie der Flugplatz weiter betrieben werden kann, ist noch alles andere als klar; aber seine letzte Stunde scheint noch nicht geschlagen zu haben.

Aus Biel ist schliesslich noch eine bedeutsame Veränderung der politischen Szenerie zu berichten. In den Gemeindewahlen vom 16. November haben die «Freien Bieler Bürger» (FBB) einen Sitz im Gemeinderat verloren, der den Sozialdemokraten zugefallen ist. Damit hat die SP im Gemeinderat die absolute Mehrheit gewonnen. Im Stadtrat verloren die FBB gleichzeitig drei Sitze, die ebenfalls an die Sozialdemokraten übergegangen sind.

Hans Rudolf Böckli